

2026/I/Soz/8

Beschluss

Annahme

Jugendhilfe zukunftsfest machen – Soziale Infrastruktur im Hamburger Haushalt nachhaltig aufstellen

Der Landesparteitag möge beschließen: Die Mitglieder der SPD Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden dazu aufgefordert,

1. sicherzustellen, dass im kommenden Doppelhaushalt der Freien und Hansestadt Hamburg 2027/ 2028 die Mittel der Kinder- und Jugendhilfe auf einem auskömmlichen Niveau – mindestens in bisheriger Höhe mit zusätzlicher Berücksichtigung der inflationsbedingten Steigerungsraten sowie der Kostenentwicklung der Tarife und Sachkosten – fortgeschrieben werden. Werden für einzelne Segmente der Kinder- und Jugendhilfe Einsparnotwendigkeiten aus fachlichen Erwägungen erkannt und umgesetzt, sollen die Minderausgaben hierfür anderen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe zugutekommen – die Gesamtausgaben für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe in unserer Stadt sollen nicht reduziert werden.
2. zu prüfen, inwieweit eine fundierte Jugendhilfeplanung für unsere Stadt implementiert werden kann. Die übergreifende Jugendhilfeplanung soll hierbei u.a. Bezirksämter, Wohlfahrtsverbände, freie Träger, Jugendhilfeausschüsse sowie Nutzende der Angebote unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben beteiligen.
3. zu prüfen, wie die Anwendung des Zuwendungsrechts (§§ 46 ff. LHO und darauf basierende Verwaltungsvorschriften) vereinfacht und weiterentwickelt werden kann, um Verwaltungsaufwand aufseiten von Stadt und Trägern zu reduzieren. Hierbei ist insbesondere darauf zu achten, dass Zuwendungsnehmer zu mehr Planungssicherheit kommen.
4. in der derzeitigen Diskussion über ansteigende Sozialleistungskosten fachliche Erwägungen voranzustellen und finanzielle Handlungsspielräume im Haushalt für früh ansetzende, sozialräumlich ausgerichtete Angebote zu schaffen. Bei der Suche nach Möglichkeiten zur Reduzierung der Sozialleistungskosten – hier insbesondere mit Blick auf die Hilfen zur Erziehung – soll auch der bundesweite Austausch in Gremien wie der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAGLJÄ) oder aber dem IKO-Vergleichsring forciert werden.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft